

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

18.3.1930 (No. 66)

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Vollstreckungsamt
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einjährig 32,50 RM. ...
Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Das „Haus der Gesundheit“ in Karlsruhe

Am Montagvormittag wurde das auf dem Gelände des Kinderkrankenhauses in Karlsruhe errichtete „Haus der Gesundheit“, das eine Stätte allgemeiner volkshygienischer Belehrung werden soll, durch Prof. F. Lust seiner Bestimmung übergeben.

Nach Begrüßung durch Prof. Lust und einer Ansprache von Architekt Freese sprach Prof. Lust über „Werden und Wollen des Hauses der Gesundheit“. Dem Kinderkrankenhaus soll dadurch ein eigenes kleines Heim für solche Lehrzwecke hinzugefügt werden, in dem den Frauen nicht nur theoretische Kenntnisse, sondern auch die praktischen Fertigkeiten in der Kinderpflege und Kindererziehung vermittelt werden können.

In den Mittelpunkt des Hauses wurde ein Hygienemuseum gestellt. Diesem Museum wurden dann die zum Teil schon im ersten Plan vorgesehenen Räume angegliedert: Lehrräume, eine Küche für Kochkurse zur Zubereitung von Kinder- und Krankekost und für alkoholfreie Fruchtsäfteverwertung, ferner eine Säuglingsküche, ein Kindergarten und schließlich Gastzimmer, um auch auswärtigen Teilnehmern von Kursen eine bequeme Möglichkeit zu geben, sie ohne viel Aufwand besuchen zu können.

Nicht nur der Belehrung von Laien soll aber das Haus dienen, sondern auch allen denjenigen Gelegenheiten zur sozialhygienischen Aus- und Fortbildung verschaffen, die dazu von Berufs wegen verpflichtet sind: Ärzte, Hebammen, Säuglings- und Krankenpflegerinnen, Kindergärtnerinnen, Hebammen, die Bekehrten der Fortbildungs-, Haushaltungs-, Volksschulen usw. Auch allen öffentlichen und karitativen Organisationen, die sich mit diesem Gebiet beschäftigen, soll Gelegenheit gegeben werden, sowohl die Räume und das Lehrmaterial, wie auch, wo es gewinnlich wird, die Lehrkräfte der Anstalt zu verwenden.

Eine ein Drittel der Baukosten hat der Bad. Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge selbst aufbringen können, zum Teil durch Zuschüsse seitens des Reichsministeriums des Innern, durch Beiträge einiger Privatpersonen und der Stadt Karlsruhe, den größeren Rest durch zwei größere Darlehen seitens des Bad. Finanzministeriums und der Landesversicherungsanstalt Baden.

Im Anschluß nahm Minister Wittemann das Wort, der namens des Ministeriums des Innern, dem die Gesundheitspolizei und die Gesundheitsfürsorge untersteht, seiner Freude über das vollendete Werk, in beredeten Worten Ausdruck verlieh. Er schloß mit dem Wunsch, daß das neue Werk ein wirkliches Haus der Gesundheit werden möchte, aus dem Gesundheit ausstrahlt, die unserem Volke in stets vermehrtem Maße zuteil werden möchte. In diesem Sinne wünschte er dem neuen Haus Glück und Segen.

Bürgermeister Sauer schloß sich den Wünschen des Ministers an, ebenso Präsident Godshafel namens der Verbände der freien Wohlfahrtspflege. Präsident Kaufh von der Landesversicherungsanstalt Baden hielt ein Referat über das Thema „Sozialversicherung und Gesundheitspflege“. Für die Arbeitsgemeinschaft Badischer Gesundheitsfürsorgeverbände sprach deren Vorsitzender, Direktor Dr. Roemer (Allnau). Obermedizinalrat Dr. Schmeller sprach über den „Stand der deutschen Volksgesundheit“. Prof. Lambert von der Mütterklinik Stuttgart berichtete über ihre praktischen Erfahrungen auf dem Gebiete der Säuglingspflege und Kleinkindererziehung.

Zum Schluß dankte Prof. Dr. F. Lust, der einen Tätigkeitsbericht des Bad. Landesverbandes für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge in den Jahren 1928 und 1929 in Baden erstattete, allen Rednern.

Unter fachkundiger Führung folgte eine Besichtigung des Hauses.

Frankreich und das Sager Abkommen. Die französische Regierung hat die Absicht, nachdem nunmehr die Ratifizierung des Youngplans durch Deutschland vorliegt, ihr möglichstes zu tun, um die parlamentarische Erledigung der neuen Reparationsregelung zu beschleunigen. Verhelot, der Generalsekretär des Außenministeriums, richtete ein Schreiben an den Vorsitzenden der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten, in dem er bittet, baldigst den Berichterstatter für den Gesetzesentwurf zu ernennen und überhaupt alle Maßnahmen zur schnellen Erledigung der Ratifizierung zu ergreifen.

Das Befinden der Königin von Schweden ist, wie aus Rom gemeldet wird, sehr ernst. Die Königin hatte während der letzten Tage mehrere langanhaltende Ohnmachtsanfälle.

Letzte Nachrichten

Vor der ersten Lesung der Finanzvorlagen Noch keine Klärung

BDL. Berlin, 18. März (Tel.) Die Besprechungen der Finanzsachverständigen der Parteien sind bisher keinen Schritt vorwärts gekommen. Man hat auch vor dem Parteitag der Deutschen Volkspartei in Mannheim keine sachliche Klärung mehr zu erwarten. Heute nachmittag will Reichsfinanzminister Dr. Woldenbauer mit den Finanzsachverständigen lediglich die Frage erörtern, wie die erste Lesung der Steuer- und Finanzvorlagen am morgigen Mittwoch vor sich gehen soll, ob man morgen dann fertig werden kann, oder ob auch noch der Donnerstag für die Debatte in Anspruch genommen werden muß.

Um die Lex Brüning

Wissell über die Arbeitslosenversicherung

BDL. Berlin, 18. März. Der Haushaltsausschuß des Reichstages fekte die Beratungen über den Nachtragshaushalt 1929 des Reichsarbeitsministeriums fort.

Nach der „Lex Brüning“ können aus der Lohnsteuer 50 Mill. Reichsmark für die Invalidenversicherung entnommen werden. Dementgegen beschloß der Reichsrat, daß circa 22 1/2 Mill. Reichsmark, die aus anderer Quelle als Reichsbeitrag für Steuerbeiträge zusätzlich der Invalidenversicherung zuzuführen sind, auf die vorher genannten 50 Mill. Reichsmark angerechnet werden sollen, so daß der Invalidenversicherung diese zusätzlichen 22 1/2 Millionen Reichsmark weniger zugutekommen würden.

Siegegen wandten sich die Sozialdemokraten. Abg. Müller-Richtenberg (Sozdem.) begründete eingehend den Antrag der Sozialdemokraten, der verlangte, daß dieser Beschluß des Reichsrates wieder rückgängig gemacht wird, und daß nicht nur die 22 1/2 Millionen Reichsmark Steuerbeiträge der Invalidenversicherung zugutekommen sollen.

Abg. Erising (Zentr.) wies darauf hin, daß durch die Anträge der Sozialdemokraten eine neue Lage geschaffen sei. Die Zentrumspartei lehnt zur Lex Brüning. Erhe man über die Anträge der Sozialdemokratie abstimmen könne, müsse festgestellt werden, welchen Standpunkt das Kabinett einnehme.

Bei dem Etatstiel des Mehrbedarfes von 30 Millionen Reichsmark für die Arbeitslosenversicherung fragte Abg. Müller (Soz.) als Berichterstatter unter Bezugnahme auf eine Rede des Reichsfinanzministers Woldenbauer in Hannover, ob die Pläne des Kabinetts auf eine weitere Einschränkung der Arbeitslosenversicherung hingingen.

Reichsarbeitsminister Wissell erklärte demgegenüber: Reichsfinanzminister Woldenbauer hat in Hannover nicht als Finanzminister, sondern als Privatperson gesprochen, denn sonst hätte er sich vorher mit dem Ressortminister in Verbindung gesetzt. Die Vorlage des Kabinetts geht nach einer anderen Richtung, als es in dieser Rede zum Ausdruck gekommen ist. Wenn in dieser Rede, wie auch bei den zahlreichen Vorschlägen für eine Umorganisation der Arbeitslosenversicherung, von organisatorischem Umbau die Rede ist, so habe ich die Notwendigkeit solchen Umbaus noch nicht gespürt; die Organisation der Arbeitslosenversicherung ist vom Reichstag beschlossen worden; ich kann mir nicht denken, daß der Reichstag einen Beschluß faßt, ohne sich vorher ein ganz klares Bild zu machen.

Gründung einer deutsch-polnischen Handelskammer

BDL. Breslau, 18. März. (Tel.) Nachdem der Handelsvertrag mit Polen zum Abschluß gekommen ist, hat der im Mai 1927 gegründete deutsch-polnische Wirtschaftsband mit dem Sitz in Breslau nach Fühlungnahme mit den maßgebenden Wirtschaftsvertretungen seine Umwandlung in eine deutsch-polnische Handelskammer vollzogen. Vorsitzender ist der Präsident der Industrie- und Handelskammer Breslau und Mitglied des Reichswirtschaftsrats, Dr. jur. et ing. h. c. Grund. Der Vorstand wird erweitert, insbesondere durch die Vertreter der Spitzenverbände und führende Persönlichkeiten aus dem Reiche. Eine Zweigstelle ist inzwischen in Berlin errichtet worden.

Ausländische Finanzberater für die Türkei?

BDL. Angora, 18. März. (Priv.-Tel.) Neuer meldet aus Angora: Es ist zu erwarten, daß die türkische Regierung ausländische Ratgeber heranziehen wird, um die Finanzen des Landes zu reorganisieren. In gutunterrichteten Kreisen verläutet, die britischen und französischen Vertreter des Rates der ausländischen Inhaber türkischer Obligationen hätten sich in Angora davon überzeugt, daß die Lage schlimmer sei, als erwartet wurde. Sie sollen der Meinung sein, die Türkei werde neben ihre internationalen noch andere erheblichen Verpflichtungen erfüllen können.

Der deutsch-polnische Handelsvertrag ist am Montag in Warschau unterzeichnet worden. Ein halbamtliches polnisches Kommuniqué erklärt, daß mit der Beendigung des Zollkrieges in die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland der Faktor der wirtschaftlichen Zusammenarbeit trete, ein Ergebnis, das als eines der bedeutendsten in der Nachkriegsära dieses Teiles Europas angesehen werde.

Zu Ehren des amerikanischen früheren Postkastens in Berlin, Schuman, fand Montagabend in New York in der Carnegie-Hall eine von deutschamerikanischen Vereinen und sonstigen Körperchaften New Yorks veranstaltete große Empfangsfeier statt.

*Bayern und Berlin

Zimmer mehr und mehr hat sich in den letzten Monaten die Überzeugung durchgerungen, daß die ganze Frage der Reichsreform eine preußische Frage ist. Auf die Stellung, die Preußen zu diesem Problem einnimmt, kommt es an. Diese Stellung liegt zwar eindeutig heute noch nicht fest; aber alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß ein Teil der führenden Männer in der preußischen Regierungskoalition sich die Lösung der Frage so denkt, daß Preußen nach und nach alle übrigen Länder — erst die kleinen, dann die mittleren — in sich aufsaugt und dann seinerseits im Reich aufgeht. Das wäre dann also die Herbeiführung des Unitarismus auf einem hinterherum führenden Wege, auf dem Umwege über Großpreußen, das wäre die Gleichsetzung von Großpreußen und Reich.

Aus den Reden verschiedener preußischer Minister in der letzten Zeit ist das eine ganz klar hervorgegangen, daß Preußen die bekannnten, anderen Vorschläge (Bildung von annähernd gleich großen Landesteilen im Reich unter Auflösung der preußischen Landeseinheit oder Schaffung eines im wesentlichen auf den Norden beschränkten großen Reichsteiles und Erhaltung der süddeutschen Länder als besonderer Gebilde im Rahmen des Ganzen) nicht akzeptiert. Man denkt im preußischen Berlin gar nicht daran, Preußen zerreißen oder Preußen allein ohne die süddeutschen Länder im Reich aufgehen zu lassen, sondern man will anscheinend glatte Bahn machen und eine Politik zum Siege führen, bei welcher schließlich Preußen nach Aufsaugung aller andern Länder sich selbst mit dem Reiche als Geschenk verschmilzt. Inwiefern für solche Pläne faktisch eine Mehrheit im preußischen Landtag zu finden wäre, das ist eine andere Frage. Tatsache ist jedenfalls, daß die augenblickliche Regierung in Preußen in Sachen der Reichsreform eine Politik betreibt, die den eben geschilderten Eindruck erwecken muß.

Es versteht sich ganz von selbst, daß die Länder, und zwar auch die mittleren und kleinen Länder im Norden, sich gegen die Absichten Preußens zur Wehr setzen. Wir haben schon neulich die Bedeutung der Tatsache unterstrichen, daß nicht einmal in dem kleinen Schaumburg-Lippe, das ja in der Tat die Berechtigung zu einem staatlichen Eigenleben kaum nachweisen könnte, die durch die Reichsverfassung vorgeschriebene Landtagsmehrheit für einen Anschluß an Preußen aufzubringen war. Und so ist es allenthalben. Wenn es sich seinerzeit um Freiwilligkeit, um Abstimmungen in der Bevölkerung selbst gehandelt hätte, würde Preußen nie in den Besitz von Schlesien, Hannover, Schleswig-Holstein, Hessen und Nassau gelangt sein. Und auch Rheinland und Westfalen sind durch die Federstriche der Diplomatie, durch Erbfolgebestimmungen der Dynastien untereinander oder durch die Gewalt der Waffen zu Preußen gekommen.

In Berlin weiß man das alles sehr genau. Und deshalb versucht man das Ziel mit anderen Mitteln zu erreichen, und zwar mit finanzpolitischen Mitteln. Der Zeitgedanke ist dabei folgender: mit Hilfe des Reiches und der Reichsgesetzgebung wird die finanzielle Selbstständigkeit aller anderen Länder, auch der süddeutschen, so sehr unterhöhlt, daß sie aus eigener Kraft nicht mehr bestehen können und Anschluß an Preußen oder an das Reich suchen müssen. Der Angriff der preußischen Staatsregierung auf § 35 des Finanzausgleichsgesetzes wird allgemein als ein Vorstoß aufgefaßt, der sich auf der Linie dieser Politik bewegt.

In der „Bayerischen Staatszeitung“ ist kürzlich auseinandergelegt worden, um welche Summen es sich eigentlich bei diesem Paragraphen dreht. Zunächst werde Preußen durch den Paragraphen finanziell überhaupt gar nicht berührt, da die an die leistungsschwachen Länder zu zahlenden Zuschüsse vom Reich bezahlt werden. Im Rahmen des Reichsgefamtelats seien diese Zahlungen kaum nennenswert. Im Rechnungsjahre 1927 habe das Reich auf Grund des § 35 insgesamt rund 18 Millionen, im Rechnungsjahre 1928 rund 40 Millionen verteilt; davon seien auf Bayern 7,6 Millionen bzw. 26 Millionen Reichsmark entfallen. Aller Voraussicht nach würden für das laufende Etatjahr 30 Millionen verteilt werden, von welchen etwa 18 Millionen auf Bayern zu fallen hätten. Es sei lächerlich, wenn gerade jetzt, wo um den 12-Milliarden-Etat des Reiches gekämpft wird, Preußen so tue, als ob in diesem Reisetat eine rechtlich garantierte Summe von 30 Millionen eine besondere Rolle

Mit der Beilage: 35. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

spielen könne. Andererseits seien die leistungsschwachen Länder, wie zum Beispiel Bayern, auf die Zuschüsse von § 35 einfach angewiesen. Nach Artikel 8 der Reichsverfassung sei das Reich ausdrücklich verpflichtet, wenn es Abgaben oder sonstige Einnahmen für sich beansprucht, auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Länder Rücksicht zu nehmen.

Dieser ganze Vorstoß Preußens hat im Zusammenhang mit der Biersteuer und manchen anderen Vorgängen in Berlin zu einer schweren Verstimmung zwischen Bayern einerseits und Preußen und dem Reich andererseits geführt. Mit großer Schärfe hat der bayerische Ministerpräsident Dr. Held dieser Tage die Angelegenheit in einer öffentlichen Rede behandelt. Er erklärte unter anderem, minutenlangen Beifall, er „sei gekommen, den Kampf für Bayern und seine Selbständigkeit bis zum Äußersten durchzuführen.“ Bayern habe niemals verjagt, wenn Deutschland in Not war, und es habe sich im Interesse des Reiches die größten Beschränkungen seiner Interessen gefallen lassen. Deshalb habe auch niemand das Recht, gegen Bayern Vorwürfe zu erheben. Bayern habe nicht nur die Fähigkeit, sondern auch den absoluten Willen, am Leben zu bleiben. Es wolle gewiß keine Reserve, es wolle aber auch keine Ausbeutung des Reiches. Jeder, der ohne Verständnis und ohne historisches Wissen dazu übergehen wolle, die Eigenstaatlichkeit der Länder aufzuheben, sei ein Feind des Reiches.

Gleichzeitig hat der bayerische Ministerpräsident die Annahme des Youngplans in sehr scharfer Weise kritisiert und damit wohl allerdings seinen berechtigten Kampf für die Erhaltung der Eigenstaatlichkeit der mittleren Länder mit einer Aktion belastet, deren Gewicht unter Umständen zu einer Behinderung dieses Abwehrkampfes führen könnte. Wie jetzt aus Berlin gemeldet wird, soll die Reichsregierung wegen dieser Teile der Rede in München um Aufklärung ersucht haben.

Wir möchten zu dieser Seite des Konflikts nicht Stellung nehmen, sondern uns auf das beschränken, was die Interessen aller süddeutschen Länder berührt. Und dazu kann nur immer wieder betont werden, daß es gefährlich ist, gerade jetzt, wo man in Berlin aus den Regierungskreisen — offenen oder latenten — gar nicht mehr herauskommt, und die innerpolitische Zerrissenheit unseres Volkes immer schlimmere Formen annimmt, die Situation auch noch mit dem unitarischen Problem zu belasten. Wer die Entstehungsgeschichte des neuen deutschen Reiches kennt, der weiß ganz genau, welche Unponderabilien hier im Süden mit sprechen, und er wird sich hüten, mit einer finanziellen Erdrückungsmethode eine Politik zu betreiben, die scheinbar dem Unitarismus dient, faktisch aber neue Abgründe aufreißt!

Ein neuer Planet

Durch das amerikanische Lowell-Observatorium in Flagstaff (Arizona) wurde ein neuer Planet entdeckt. Der neue transneptunische Planet ist der neunte unseres Sonnensystems und kann nur mit den stärksten Fernrohren gesehen werden. Sein schwaches Licht in Verbindung mit seiner langsamen Umlaufzeit um die Sonne liegen nur bei andauernder genauere Beobachtung eine Bewegung erkennen. Der Planet ist deshalb bisher stets für einen Fixstern gehalten worden. Seine Umlaufzeit um die Sonne beträgt rund 300 Jahre. Neptun, der entfernteste der bisher bekannt gewordenen Planeten, ist schon so lichtschwach, daß man ihn mit freiem Auge nicht mehr zu sehen vermag. Die Helligkeit des neuen Planeten beträgt aber nur den 760. Teil der Helligkeit des Neptun. Der neue Planet ist wahrscheinlich etwa so groß wie der Merkur. Er ist 45mal so weit von der Sonne entfernt wie die Erde.

Zeppelinfahrten 1930

Die Hamburg-Amerika-Linie hat folgendes Fahrtenprogramm des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ für 1930 bekanntgegeben: Im April werden Fahrten von 8-10stündiger Dauer ins Alpengebiet nach Österreich und der Schweiz stattfinden. Im Juli/August wird „Graf Zeppelin“ 2-stägige Nordlandfahrten bis zum Nordkap und der Eisgrenze ausführen. Für den Herbst sind wieder verschiedene Deutschland- und Schweizer Fahrten geplant. Soweit möglich, wird in dieses Fahrtenprogramm eine Anzahl von Landungsfahrten nach größeren Städten Deutschlands, der Schweiz und evtl. Österreichs eingeschoben. Über weitere geplante Fahrten schweben noch Verhandlungen, deren Abschluß abgewartet werden muß.

Die Einbrüche im Potsdamer Regierungspräsidium

In Sachen des Diebstahls im Potsdamer Regierungspräsidium hat Frau Regierungspräsidentin Mommsen ein volles Geständnis abgelegt. Es hat sich herausgestellt, daß sie dreimal Schadenersatzansprüche an die Aachen-Münchener Feuerversicherung gestellt und dreimal Beträge erhalten hat, die zusammen 6000 RM ausmachen. Der Versicherungsgehilfen fiel es allmählich auf, daß immer wieder in dem an sich gut geschützten Hause Einbrüche verübt wurden, und sie wandte sich nun an die Kriminalpolizei. Frau Mommsen wird zunächst in einer Heilanstalt auf ihren Geisteszustand untersucht. Auch der Regierungspräsident hat, nachdem er sein Abschiedsgesuch eingereicht hatte, einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten. Frau Mommsen hatte einen früheren höheren Regierungsbeamten, der keine Ahnung von der seltsamen Herkunft der Sachen hatte, veranlaßt, die Silberfachen zu jedem annehmbaren Preise zu verkaufen. Die Angaben der Frau, zu welchem Zweck sie das Geld benötigt habe, sind nach Mitteilung der „Vossischen Zeitung“ wahr und widerspruchsvoll.

Mehrere amerikanische Schiffahrtsgesellschaften wollen zwei Tiefendampfer von je 50 000 Tonnen bauen, die auf der Strecke New York-Southampton den Wettbewerb mit den deutschen Schiffen „Europa“ und „Bremen“ sowie mit dem englischen Dampfer „Mauretania“ aufnehmen sollen.

Nach einer Meldung aus Bogota (Kolumbien) haben infolge eines Brandes auf dem Dampfer „Bucaramanga“, der im Magdalena-Fluß vor Anker lag, mindestens 20 Fahrgäste und mehrere Mann der Besatzung den Tod gefunden. Der Dampfer hatte Petroleum geladen. Das Feuer brach nachts aus. Ein Teil von den Passagieren wurde in der Panik niedergeworfen, andere sprangen in den Fluß, wo sie ertranken oder in dem auf dem Wasser brennenden Petroleum verbrannten. Auch der Kapitän fand den Tod.

Aus dem Reichstag

Das Reichsministergesetz — Heute noch Abstimmung über das Republikstiftungsgesetz

Die Montagsitzung des Reichstags war von kurzer Dauer. Ohne Aussprache wurde die dritte Beratung des Reichsministergesetzes erledigt. Die in der zweiten Beratung beschlossene Fassung des Gesetzes wurde bestätigt, die Schlußabstimmung wurde allerdings auf Dienstag vertagt.

Das Gesetz über Reichszuschüsse für Landarbeiterfahrungen wurde nach kurzer Aussprache in zweiter und dritter Beratung angenommen, dazu eine vom Ausschuß beantragte Entschärfung, wonach die Tilgungsfreiheit für die Eigenheimdarlehen allgemein 30 Jahre betragen soll.

Dem Sozialpolitischen Ausschuß wurde der Gesetzentwurf über den Ausbau der Angestelltenversicherung überwiesen. Er will die Selbstverwaltung ausbauen und die Leistungen in einigen Punkten verbessern. So sollen nach der Vorlage auch geschiedene Ehefrauen von Versicherten und die vom Versicherten unterhaltenen Eltern und Großeltern Renten erhalten.

Auf der Tagesordnung der heutigen Dienstsitzung, die um 8 Uhr beginnt, stehen nur die Abstimmungen zum Republikstiftungsgesetz und die Schlußabstimmung über das Reichsministergesetz.

Präsident Lobe hatte vorgeschlagen, auch die erste Beratung der vom Reichstag verabschiedeten Zoll- und Steuerentwürfe am Dienstag vorzunehmen, damit diese Vorlagen an den stiftungsfreien Tagen, am Donnerstag und Freitag, im Ausschuß beraten werden könnten. Da aber die Deckungsvorlagen erst am Montag dem Reichstag zugegangen sind und die Geschäftsordnung eine längere Frist bis zur ersten Beratung vorschreibt, scheiterte der Vorschlag des Präsidenten an dem Widerspruch der Kommunisten.

Der neue Reichswehretat

30 Millionen für Ostbesetzungen

Der Reichsfinanzminister hat nunmehr den Reichshaushaltsplan dem Reichstag zugeleitet.

Wie der „Dem. Zeitungsd.“ erfährt, wird im Vorwort zum Haushalt des Reichswehraministeriums ausgeführt, daß sich die Forderung des Reichswehraministeriums bei der Beratung des vorjährigen Etats, es möchte sich hierbei um eine einmalige Kürzung handeln, nicht bewirklichen lassen. Es war nicht möglich, die Zuschusssumme von 707 Millionen des Jahres 1928 wieder zuzubilligen. Der Gesamtaufschlag für 1930 kann nur auf 700 Millionen Reichsmark bemessen werden. Das bedeutet für das Reichswehraministerium die Notwendigkeit, 35 Millionen Reichsmark einzusparen. Bemerkenswert ist, daß der Haushalt des Reichswehraministeriums die Vorbemerkung enthält: Die Reichsregierung hält hiernach weitere Beiträge nicht für möglich.

Für Maßnahmen zur Verbesserung der Landesbesetzungen werden insgesamt 30 Millionen Reichsmark angefordert. Der angelegte Betrag von 2,25 Millionen ist nur ein erster Teilbetrag. In der Erläuterung für diese Summe heißt es: Die geänderte Grenzführung des Reiches im Osten erfordert im Anschluß an die vorhandenen Befestigungsanlagen besondere Maßnahmen, die nach Abschluß der auf Grund der Pariser Abmachungen im Januar 1927 eingeleiteten Ermittlungen nunmehr in Angriff genommen werden müssen. Jegliche Bemerkungen über das Panzererschiff B, Ersatz Lothringen, finden sich im Etat der Reichsmarine nicht.

Aus den Ländern

Keine Wohnungsbauanleihe für Preußen

Das preussische Staatsministerium war vom Landtag ersucht worden, bei der Reichsregierung zu beantragen, daß diese eine langfristige Anleihe für den Wohnungsbau erteile. Wie der „Demokr. Zeitungsd.“ erfährt, hält es der Reichswehraminister bei der derzeitigen Geld- und Kapitalmarktlage für ausgeschlossen, zum jetzigen Zeitpunkt eine Wohnungsbauanleihe aufzunehmen. Von der bereits im Vorjahr genehmigten Auslandsanleihe für den Wohnungsbau konnte nur ein verschwindend kleiner Bruchteil bisher untergebracht werden.

Sparrmaßnahmen in Thüringen

Der Wortlaut des Entwurfes eines Ermächtigungsgesetzes für die thüringische Regierung liegt jetzt vor. Danach sollen die gesamte Landesverwaltung und der gesamte Behördenaufbau im Hinblick auf die Not von Land und Volk zur Vereinfachung und Verbilligung umgebaut werden. Der Regierung wird zu diesem Zwecke die Ermächtigung erteilt, bis zum Ablauf des 30. September d. J. in Abänderung bestehender Gesetze durch Verordnung Behörden aufzuheben, die Zuständigkeit der Landesbehörden sowie die der Kreise und Gemeinden und ihrer Behörden neu zu ordnen, sowie landesrechtliche Zuständigkeiten Reichsbehörden zu übertragen, ferner das Verfahren in Verwaltungsfragen und das Verwaltungsgerichtsverfahren im besonderen im Rechtsmittelzug zu vereinfachen und schließlich staatliche Polizeibehörden an Stelle kommunaler einzurichten. Die Reform wird zu einer Einsparung an Beamtenstellen führen; der Abtritt in den Ruhestand soll erleichtert werden.

Die Arbeitsordnung im Ruhrbergbau. Zwischen dem Bergarbeiterverband und den Bergarbeiterverbänden haben in Essen Verhandlungen über die von Seiten der Verbände geforderte Arbeitsordnung stattgefunden. Die beiderseits vorgelegten Abänderungsvorschläge wurden eingehend durchbesprochen, ohne daß, abgesehen von einigen weniger bedeutungsvollen Fragen, eine Einigung erzielt werden konnte. Die Verhandlungen werden vor dem Schlichter fortgesetzt.

Antrag von Angestellten auf Gehaltskürzung. Bei der Verwaltung der Stahlwerk Veder Aktiengesellschaft, Wüllich bei Krefeld, liegt ein Antrag des Angestelltenrates vor, wonach die Angestellten sich bereit erklären, um eine Stilllegung des Werkes zu verhindern, auf 15 Prozent der Gehälter zu verzichten. Gleichzeitig verpflichten sich der Angestelltenrat, bei dem Arbeiterrat darauf zu dringen, daß auch seitens der Arbeiterschaft eine Verminderung der Löhne um 15 Prozent angenommen und durch diese Maßnahme zur Wirtschaftlichkeit des Betriebes beigetragen wird.

Im hinteren Teil des Bergalpendetales (Vorarlberg) sind vier Schiffrer, zwei Damen und zwei Herren, durch eine Lawine verschüttet worden. Während die beiden Damen noch lebend geborgen werden konnten, war der Ingenieur Ludwig Karch aus Bad Dürkheim bei seiner Auffindung bereits tot, ebenso der Ingenieur Wilhelm Heide, Chemiker aus Durlach bei Karlsruhe.

In Mailand wurde im Zusammenhang mit der Gathy-Affäre der italienische Bankier Giardini verhaftet.

Auf dem Suezkanal ist ein holländischer Frachtdampfer in Brand geraten. Die Mannschaft mußte das Schiff verlassen. Die Lagerhäuser von Wotshani in Rumänien wurden von einer riesigen Feuersbrunst heimgesucht, wobei rund 150 Waggons Getreidevorräte ein Raub der Flammen wurden.

Die Londoner Flottenkonferenz

Frankreich und Italien

„Times“ melden zur Flottenkonferenz: Der Patient, der schon im Sterben zu liegen schien, hat sich etwas erholt. Ob aber Aussicht auf völlige Genesung besteht, ist fraglich. Während Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan eine Anzahl ihrer ursprünglichen Pläne aufgegeben und Opfer gebracht haben, stehen die beiden lateinischen Länder sich noch ebenso gegenüber wie am Anfang. Italien beharrt nach wie vor auf Parität mit Frankreich. Eine allgemeine Parität würde aber für Frankreich Unterlegenheit im Mittelmeer bedeuten. Frankreich sucht sich vor jeder Gefahr zu schützen, indem es ein Programm von solcher Größe aufstellt, daß es Italien aus finanziellen Gründen unmöglich wäre, Schritt zu halten, besonders angeht des Vorwurfs, den Frankreich bereits hat. Wenn beide Länder von ihrem Standpunkt nicht abgehen, besteht wenig Hoffnung auf ein Abkommen, das alle fünf Mächte einschließt.

Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung

Die interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien drehten sich am Montag hauptsächlich um die Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Dafür liegen aus den einzelnen Parteien verschiedene Vorschläge vor.

Gegenwärtig wird besonders ein Vorschlag erörtert, der das Problem etwa in folgender Weise lösen will:

Die Verpflichtung des Reiches zur Vergabe von Darlehen zur Deckung von Fehlbeträgen bei der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung wird aufgehoben. Das Reich leistet vielmehr einen bestimmten etatsmäßigen Zuschuß. Entsteht trotzdem ein Defizit, so soll die Reichsanstalt selbst die Sanierung versuchen durch Ersparnisse in der Verwaltung und andere Maßnahmen, aber innerhalb der Beitragsgrenze von 3 1/2 Prozent. Hält die Reichsanstalt eine Beitragserhöhung oder einen weitergehenden Reichszuschuß für notwendig, so müßte sie mit ihrem Antrag sich an Reichsamt und Reichstag wenden.

Der Widerstand richtet sich bei diesem Vorschlag in der Hauptsache gegen die vorgezeichnete Höchstgrenze für den Beitrag. Man erwägt, der Reichsanstalt einen gewissen Spielraum für vorübergehende Beitragserhöhungen zu gewähren.

Die Volkspartei vertritt den Standpunkt, daß der Beitrag von 3 1/2 Prozent nicht überschritten werden dürfe und der Rest des Bedarfs durch innere Reformen der Versicherung gedeckt werden müsse.

Unberechtigte Forderungen

der französischen Beziehung

Berliner Blätter brachten die Meldung, daß der Oberkommandierende der französischen Besatzungstruppen an die zuständigen deutschen Stellen die Forderung gerichtet habe, die Anlagen auf gewissen Flughäfen in der Pfalz zu zerstören, insbesondere Lachen-Benersdorf und Griesheim. Was dabei an materiellen Erfolgen erzielt würde, müßte dem französischen Schatzamt zugewandt werden.

Die Franzosen haben sich dabei auf Anweisungen der Kontrollkommission berufen, die noch aus dem Jahre 1920 stammen. Inzwischen sind zwischen Deutschland und Frankreich Vereinbarungen getroffen worden, die die Rechtslage gänzlich anders gestalten. Eine Abführung materieller Erzeugnisse an die Franzosen kommt demnach überhaupt nicht in Frage. Die jetzt noch in der Hand der Franzosen befindlichen Fluganlagen, die nach der Räumung frei werden, sollen zunächst der zivilen Verwaltung zugeführt werden. Erst wenn bis zum Jahre 1932 das nicht gelungen sein sollte, würde die Zerstörung der Anlagen in Angriff genommen.

Übernahme der „Europa“. Der Schnelldampfer „Europa“ ist vom Norddeutschen Lloyd von der Werft Blohm & Voß übernommen worden, nachdem das Schiff allen Auftragsbedingungen entsprach.

Für die Ergreifung der Sprengstoffattentäter in Schleswig-Holstein hat der Regierungspräsident eine Belohnung von 5000 RM ausgesetzt.

Das österreichische Bundesheer feiert am heutigen Dienstag sein 10jähriges Bestehen. In Wien und in den übrigen Garnisonen Österreichs findet eine Reihe von Festlichkeiten statt.

Die Mannheimer Intendantenfrage. Zu den Meldungen über die Neubestellung des Mannheimer Intendantenpostens teilt das städtische Nachrichtenamt mit: Von einer Bewerbung des Generalintendanten des Darmstädter Landestheaters, Prof. Ebert, um den Intendantenposten kann ebensowenig gesprochen werden, wie davon, daß die Stadt Mannheim Prof. Ebert ein offizielles Angebot gemacht hat. Auch steht Prof. Ebert unsere Informationen nach betraglichen Mitteilungen völlig fern. Die Verhandlungen über die Wiederbesetzung des Intendantenpostens sind über unverbindliche Vorbesprechungen bisher nicht hinausgekommen. Die Wahl des Intendanten erfolgt auf Vorschlag der Theaterkommission durch den Stadtrat. Keine dieser beiden Körperschaften hat bisher zur Frage der Neubestellung des Intendantenpostens Stellung genommen. Auch der Oberbürgermeister beabsichtigt nicht, schon in den nächsten Wochen mit irgendwelchen Vorschlägen in der Angelegenheit mit den zuständigen Körperschaften schlüssig zu werden.

Vollständiges Spiel „Andreas Hofer“. Der Dichter A. J. Ripp hat seinen zweiteiligen „Andreas Hofer“ im Manuscript fertiggestellt, so daß mit den eigentlichen Spielproben in Stigheim nunmehr begonnen werden kann. Die Spielleitung liegt wieder in den bewährten Händen von Maxer Saier. Der Rippische „Andreas Hofer“ ist noch mehr als die bisherigen Stigheimer Spiele auf breite Volks- und Massenlagen eingestellt. Neben etwa 50 Einzelspielerrollen wirken über 600 Personen beim Spiele mit. Zum ersten Male seit Bestehen der Spiele tritt die Gesamtheit der Darsteller als geschlossener Sprechchor auf. Die musikalische Leitung hat wie bisher Chorleiter Schaub. Die gefanglichen und musikalischen Proben sind schon weit vorgeschritten.

Auch das Bühnenbild wird ein verändertes Gesicht zeigen. Die Vorbühne, die seit der „Raffion“ Verwendung fand, wird entfernt. Die Sicht nach der Hauptbühne wird dadurch von allen Plätzen des Zuschauerraumes freier und ungemindert. Der Mittelbau wird der Innsbrucker Hofburg nachgebildet. Auf dem rechten Seitenflügel wird eine Dorfkirche mit Turm eingebaut. Auch sonst werden die Bauten der Zeit und Landschaft entsprechend umgeformt. Eine eingehende Beschreibung über das Bühnenbild wird später folgen. Die Spiele beginnen anfangs Juni. Ähnlich wie für Oberammergau werden zum erstenmal von Reisebüros in New York und London Karten für das Stigheimer Spiel ausgegeben.

Marcel Salzer 7. Professor Marcel Salzer, der weithin bekannte deutsche Vortragsschriftsteller, ist am Montag in seiner Villa in Berlin-Richterfelde nach einem längeren Herzleiden sanft entschlumert. Salzer, ein gebürtiger Wiener, ist 58 Jahre alt geworden.

Badischer Teil

Presseangriffe

Zu Nr. 58 der „Vollstimmte“ vom 28. Februar d. J. befaßt sich ein E. N. gezeichneter Artikel mit einer Verhandlung der großen Strafkammer des Landgerichts Mannheim gegen einen Zeichenlehrer wegen Sittlichkeitsverbrechens. Der Verfasser übt Kritik an dem Urteil und an der Verhandlungsführung des Landgerichtspräsidenten Dr. Wehlar.

Der Artikel hat dem Justizminister Anlaß gegeben, sich über die Angelegenheit zu veräußern. Auf Grund dieser Prüfung ist zu den erhobenen Beanstandungen folgendes zu bemerken:

1. Ein Eingehen auf die Frage der Nichtigkeit des gefällten Urteils ist nicht möglich; es ist noch nicht rechtskräftig. Festgestellt kann nur werden, daß sowohl das mit zwei Richtern und zwei Schöffen besetzte Schöffengericht, als auch die mit drei Richtern und zwei Schöffen besetzte Strafkammer den Angeklagten für schuldig befunden haben, und weiter, daß die Verteidiger vor Beginn der Strafanwaltschaftsverhandlung der Staatsanwaltschaft den Vorschlag gemacht haben, die beiderseitigen Berufungen zurückzunehmen. Was das Strafmaß anlangt, so steht auf dem Verbrechen, wegen dessen mehrfache Begehung die Verurteilung erfolgte, Zuchthaus bis zu 10 Jahren, bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter 6 Monaten.

2. Die Darstellung des Artikels, der Angeklagte habe den Brief, in dem er einen der ihm zur Last gelegten Fälle eingeräumt hat, in einem Zustand geistiger Verwirrtheit geschrieben, ist unzutreffend. Die beiden Sachverständigen der Berufungsinstanz haben das verneint und auch darüber keinen Zweifel gelassen, daß die Handlungen des Angeklagten auf jeglicher Grundlage beruhten.

3. Wenn der Vorsitzende den Angeklagten gleich zu Beginn der Verhandlung zur Wahrheit ermahnt hat, so geschah das nicht, weil der Angeklagte eine unklare Antwort gab, sondern weil die Antwort erwiesenermaßen unwahr war. Eine Äußerung in dem Sinne, als habe sich der Vorsitzende bereits vor der Verhandlung ein Bild von dem Angeklagten gemacht, ist nicht gefallen. Als der Angeklagte in der Folge das vor dem Untersuchungsrichter abgelegte Geständnis widerrief, bemerkte der Vorsitzende lediglich, der Angeklagte müßte, wenn sein heutiger Widerruf der Wahrheit entspräche, den Untersuchungsrichter angelogen haben, eine Feststellung, die wohl nicht zu bestreiten ist. Eine weitere Ermahnung zur Wahrheit erfolgte, als der Angeklagte versuchte, tatsächlich vorgekommene, sehr intime Beziehungen eines der Schüler mit „Zusatz“ zu erklären; denn hierzu der Vorsitzende bemerkte: „Machen Sie uns nichts weiß, Angeklagter!“, so hielt er sich auch damit im Rahmen des Zulässigen. Inwiefern die kritische Bemerkung des Vorsitzenden zu einem Zeugen, der auf die Frage, ob auch er im Unterricht bei Erklärung der Körperproportionen die Schüler in gewisser Weise berührte, keine Antwort gab, zu beanstanden sein soll, ist nicht ersichtlich. Es bedarf auch keiner besonderen Darlegung der Gründe, aus denen ein Eingehen auf das eheliche Geschlechtsleben des Angeklagten geradezu unerlässlich war. Das Recht des letzten Wortes wurde dem Angeklagten nicht verkürzt; der Vorsitzende hat lediglich, nachdem bereits zwei Verteidiger des Angeklagten den Sachverhalt eingehend erörtert hatten, den Angeklagten darauf hinzuweisen, daß Wiederholungen der Ausführungen der Verteidiger überflüssig seien.

Die Verhandlungsführung und -leitung konnte demnach dem Justizminister keinen Anlaß zu Beanstandungen bieten; sie berechnete aber nach den getroffenen Feststellungen auch den Verfasser des Gerichtsberichts nicht zu seinen schweren Vorwürfen gegen den Vorsitzenden und gegen die Justiz im allgemeinen.

Badischer Landtag

Öffentliche Sitzung am Donnerstag, 20. März, vorm. 9 Uhr

Tagesordnung: 1. Bekanntgabe der Eingänge; 2. Beantwortung kurzer Anfragen; 3. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über Hauptabst. V. Ministerium des Kultus und Unterrichts, sowie die einschlägigen Anträge und Gesuche, Berichterstatter Abg. Dr. Föhr, und zwar zunächst Ausgabe Kapitel 2: Kultus, in Verbindung mit dem Gesetzesentwurf über die Aufhebung geringfügiger Pfarren aus Staatsmitteln samt einschlägigen Anträgen und Gesuchen, Berichterstatter Abg. Dr. Ferson.

In Verbindung mit der Beratung des Voranschlags: Beratung der Anträge der Abg. Bod u. Gen. (dazu Drucks. Nr. 82 V 2-7).

Die Lehrplamtätigkeit der Badischen Lichtspiele für Schule und Volksbildung

Wie bereits in den Vorjahren haben die Badischen Lichtspiele auch jetzt wiederum ihren Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1929 herausgegeben. Dieser gibt an der Hand einer zahlenmäßigen Statistik einen Überblick über die umfassende Lehrplamtätigkeit dieses gemeinnützigen und vom Bad. Unterrichtsministerium beauftragten Unternehmens in den ländlichen Schulbezirken. Diese Überlandtätigkeit, die sich allmählich vom mühsamen Handwagenbetrieb über das Motorrad zum Kraftwagenbetrieb entwickelt hat, und die sich allseitiger Anerkennung sowohl bei den Schulbehörden als auch bei der Lehrerschaft erfreut, erstreckt sich über ganz Baden. Nach einem vorher aufgestellten Arbeitsplan wird jeweils ein ganzer Schulkreis systematisch durchgearbeitet, wobei selbst die kleinsten und abgelegenen Schulorte erfasst werden. Im Bericht wird hierbei auch dankend die Unterstützung durch die Kreis- und Orts-Schulbehörden erwähnt.

Trotz des harten, schneereichen und späten Winters der ersten Monate des Jahres und trotz der außerordentlichen Witterungsverhältnisse während des Sommers und den dadurch bedingten unregelmäßig einsetzenden und lang ausgehenden Sommer- bzw. Ernteferien, durch die die mit Mühe aufgestellten Arbeitspläne oft unterbrochen wurden, konnte deren Zahl gegenüber den Vorjahren noch vermehrt werden. Während im Jahre 1927 Vorführungen für 481 Schulorte vor 40 800 Schülern, im Jahre 1928 Vorführungen

für 610 Schulorte vor 31 100 Schülern stattfanden, konnten im abgelaufenen Geschäftsjahre 8 Schulkreise mit 728 Schulorten und rund 50 000 Schülern bedient werden, eine Steigerung, die nur dem Wunsch und Bedürfnis der Landgemeinden entspricht. Auch die in den größeren Orten befindlichen Mittelschulen und Fachschulen wurden stets zum Besuche der Vorführungen eingeladen, und wurde davon in den meisten Fällen gern Gebrauch gemacht.

Es ist selbstverständlich, daß sich ein derartiges, mit bedeutenden Betriebskosten verbundenes Unternehmen wirtschaftlich nicht selbst tragen kann. Daher ist es nur dankend zu begrüßen, daß der Badische Landtag in richtiger Erkenntnis der ungeheuren Möglichkeiten, die der Film zur Verbreitung von Anschauung und Wissen für unsere heranwachsende Jugend in sich birgt, die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt, um die so wertvolle Einrichtung dieser Schulvorführungen durch die Badischen Lichtspiele aufrechtzuerhalten.

Die badischen Jugendherbergen

Während im Jahre 1928 in den badischen Jugendherbergen 214 000 Übernachtungen zu zählen waren, stieg diese Zahl im Jahre 1929 auf 241 000. Da gerade die norddeutschen Wanderer außerordentlich stark den Odenwald, den Schwarzwald und den Bodensee bezogen, ist mit einer weiteren Steigerung auch im Jahre 1930 zu rechnen. In verkehrspolitischer und volkswirtschaftlicher Beziehung sind diese Zahlen von großer Bedeutung.

Verkehrstagung in Offenburg

Am Samstag hielt in Offenburg die international aufgebaute Verkehrsgemeinschaft Schwarzwaldbahn-Bodensee-Rheinfalt (Sitz Triberg) ihre erste ordentliche Hauptversammlung ab, deren Leitung in den Händen des Vorsitzenden Bürgermeisters Keil, Triberg, lag.

Bürgermeister Keil gab einen Überblick auf das Geschaffene und einen Vorblick auf die großen weitere zu verfolgenden Ziele. Der Schwerpunkt der Verkehrsgemeinschaft liegt in der Abrechnung der nordwestlichen und südöstlichen, strahlenförmig an die Durchgangsstrecke der Schwarzwaldbahn sich anschließenden Relationen mit dem Inland und Ausland.

Direktor Vertli, Schaffhausen, berichtete über verschiedene interne Arbeiten mit eisenbahntechnischen Stellen, über die rechtliche Festlegung der Verlagsrechte, über das große Druckwerk der Verkehrsgemeinschaft. Der Geschäftsführer der südlichen Kurverwaltung Nomburg, Triberg, erläuterte die Arbeit auf dem Gebiete der großen Zugverbindungen und die erreichten Erfolge. Die Kosten für das in drei Sprachen und in 100 000 Stücken erscheinende und fast reiflos abgesetzte vierfarbige Reiseverweiser „Vom Rhein längs der Schwarzwaldbahn zum Bodensee und Rheinfalt“ stellten sich auf über 80 000 M., die aus dem Gebiet der Verkehrsgemeinschaft aufgebracht wurden.

Aus der Landeshauptstadt

Neuwahlen zur Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden. Aus der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden scheiden, da ihre Wahlzeit abgelaufen ist, demnach 18 Herren aus. Die ausscheidenden Mitglieder sind wieder wählbar. Die Wahl findet am Dienstag, den 25. März 1930 statt.

Colosseumtheater. Auch bei der jetzigen Neuauflage, deren musikalische Leistung Harry Wabun verantwortet, und für deren künstlerischen Teil Hermann Burdard zeichnet, geht es gewiß nicht um ästhetische Werte; dafür klingt schon der einem beliebigen Schläger entbehrt Titel „Wenn Du einmal Dein Herz verstreust!“ viel zu banal. Doch zu sagen ist immerhin das eine: Selbst diese anscheinend so sehr populäre Art der Kunstproduktion entbehrt sogar dort, wo sie fitigig zu werden droht, nicht eines besonderen Geschmacks; es ist wenigstens ein äußeres Dehors gewahrt, auch wenn das Ziel all ihrer Mühen die nur heitere Darstellung und ein sanftes Lächeln bedingendes Amüsement heißt. Und man darf schon behaupten, daß man solch buntes Gewirbel festlicher Gewänder, wie sie z. B. die vielbeschäftigten Girls tragen, noch selten gesehen hat, ja, man kann auch dem über jenem der 24 gezeigten Wälder eine aparte Note kaum absprechen. Merkwürdig allerdings, daß gerade die beiden Nummern, die man am wenigsten in einem Neuenprogramm erwartet, die größte Beiwunderung auslösten. Einmal der fomiische Gegenstand von Fred und Freddy und dann in der zweiten Hälfte The Dramas, die beiden musikalischen Pierrots, die während der kurzen Rast ihres Auftretens, stets wilderen Beifall herausfordern. Im übrigen seien uns vor allem Jergard Schallermann in erstaunlichem Maß für größte Spezialitäten bedankt, weit besser jedenfalls als Lily Grace und Dolly Fable, so sehr diese beiden mit Lippenstift, Schminke und Ruder arbeiten und zuweilen echt Pariser Mode vorzuführen. Von den mitwirkenden Herren waren außer dem schon genannten Leiter des Ensembles sowohl Fred Freddy wie Willy Heinz durchaus das gewohnte Niveau, ohne es freilich durch individuell bestimmten Witz merklich zu erweitern; aber wenn sie auch oft langatmig betonen, so klingt es wenigstens frischgewachsen und frischgebohrt und findet bei einer erdrückenden Mehrheit des Publikums dementsprechend starken Applaus. Weinahe hätte ich noch die hübsche Lotti Denning zu erwähnen vergessen, die den Zuschauern zwischen durch sehr zu Dank die „Nosen aus dem Süden“ äußerst grazios vorzuzug.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Man muß unsere Filmleute tatsächlich bewundern. Keinen Schriftsteller, der uns in seinen Werken etwas besonderes zu sagen hat, lassen sie sich entgehen. So ist nun auch ein Film nach Motiven von A. Schnitzler „Fräulein Else“ entstanden. Wirken nun in einer solchen Handlung gar Elisabeth Bergner, Albert Bassermann und der schon erwähnte Albert Steinrück, dazu noch Fred und Freddy, so muß etwas Besonderes entstehen. Jedenfalls wird der Zuschauer, der sich nachher noch mit diesem Stück beschäftigt, darüber nachdenken. Denn die Frage, ob die Tochter mit ihrer Tat den Vater gerechtfertigt hat, läßt der Film offen. — Ein hygienischer Film gewährt uns einen Einblick, was alles zu tun übrig bleibt, um unser Volk vor Krankheiten und Entbehrungen zu schützen. Der Bildstreifen ist als Propaganda gedacht für die große Hygiene-Ausstellung 1930 in Dresden. — Ein weiterer Berufsfilm beschäftigt sich mit dem Tuchmachergewerbe. Wie unsere Alten in mühseliger Arbeit das Tuch herstellten und wie heute dieses Produkt, im Zeitalter der Maschine, fertiggestellt wird. Bei aller Reichhaltigkeit des Programms soll auch die Oper-Wochenchau lobend erwähnt werden.

Badisches Landestheater. Am Freitag, den 21. März, kommt in Plakette F 18 und Th.-Gem. II. S.-Gr. und 1301 bis 1400, das Drama „Die andere Seite“ von M. C. Sterff zur Aufführung, statt „Angebot“.

Badische Feuerversicherungs-AG. Die zum Allianzkonjenz gehörige Badische Feuerversicherungs-AG. weist für 1929 einschließlich 4341 M. Vortrag einen Reingewinn von 50 975 M. (81 136 M.) aus, wovon 6 Prozent Dividende verteilt, 5000 Reichsmark der Pensionsreserve, 10 000 M. einer Sonderreserve zugeführt werden. 15 000 M. werden auf Konto Forderung an die Aktionäre gutgeschrieben und 6125 M. neu vorgetragen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das neue Tief ist rasch entlang der französischen Küste zur Nordsee gezogen und hat mit seiner Vorderseite erheblichen Aufgleitregen gebracht. An der Rückseite der jetzt von Frankreich bis Spitzbergen reichenden Kette von Tiefdruckgebieten stößt Kaltluft vor, die auch unser Gebiet erreichen wird. Bei der vielfachen Staffelung der kalten Luft werden morgen verschiedene Böenfronten durchziehen. Ein Zwischenhoch wird später Besserung bringen, die aber nicht von langer Dauer sein wird, da schon neue Tiefdruckgebiete auf dem Atlantik im Anzug sind. Wetterausblick: Unbeständig, kühl, Durchzug verschiedener Regentöen.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Mannheim, 18. März. Bekanntlich wurde vor einiger Zeit auf den Fabrikanten Marx aus Mannheim ein Raubüberfall verübt, bei dem den Räubern Lohngelder in Höhe von 3800 M. in die Hände fielen. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, einen gewissen Schweitzer aus Altrip festzunehmen, der den Raub auch bereits eingestanden hat. Der Polizei gelang es, in Verbindung mit diesem Fall, auch eine Wilderer- und Hehlerbande festzunehmen.

D. J. Heidelberg, 17. März. Reichsangler Hermann Müller weilte gestern nachmittag in Heidelberg. Er unterzog sich im Akademischen Krankenhaus einer Untersuchung über seinen Gesundheitszustand. Am Nachmittag gab er in engstem Kreise einen Tee. Abends erfolgte die Weiterreise nach Berlin.

D. J. Rastatt (Amt Wiesloch), 15. März. Heute nacht gegen 1 Uhr verunglückte auf der Landstraße am südlichen Ortsausgang von Wiesloch ein Mannheimer Personenauto, dessen vorderer Reifen geplatzt war, wodurch der Wagen in voller Fahrt ins Schleudern geriet und in den Straßengraben stürzte. Der Besitzer des Autos, der Kaufmann Emil Kron aus Mannheim erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb. Der Führer des Wagens, Dr. Gustav Heid aus Heidelberg, hat gleichfalls schwere Verletzungen davongetragen. Das Auto wurde gänzlich demoliert.

Hd. Fullendorf, 17. März. Lange Stunden erlebten in der Nacht zum Montag die Einwohner unserer Stadt. Ein heftiges Gewitter, begleitet mit einem orkanartigen Sturm, suchte die Gegend heim. Als sodann die Ruhe wieder eingetreten war, ertönte gegen 12 Uhr nachts die Feuerwehrtrommel. Das große Wohn- und Ekomiegebäude des Landwirts Karl Feticher stand in hellen Flammen. Der dicke Rauch und der glühende Funkenregen über dem ganzen nördlichen Teil der Stadt erregte die Gemüter noch mehr. Das Haus brannte vollständig ab. Es wird Brandstiftung vermutet.

D. J. Radolfzell, 17. März. Im Februar wurden bei der Oberbadischen Milchzentralgenossenschaft e. G. m. b. H. Radolfzell 907 262 Liter Milch, 318,37 Zentner Butter in Rahmform, 14,54 Zentner Butter als solche angeliefert. Rechnet man die Butter in Milch um, so beläuft sich die Gesamtmilchmenge auf 1 306 754 Liter. Pro Tag gibt es 46 870 Liter, gegenüber Januar ein Mehr von 1646 Liter täglich.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	18. März		17. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167,90	168,24	167,33	167,27
Kopenhagen 100 Kr.	112,11	112,33	112,11	112,33
Italien . . . 100 L.	21,93	21,97	21,93	21,97
London . . . 1 Pf.	20,363	20,403	20,366	20,406
New York . . . 1 D.	4,1895	4,1975	4,1885	4,1962
Paris . . . 100 Fr.	16,385	16,425	16,38	16,42
Schweiz . . . 100 Fr.	81,06	81,22	81,09	81,25
Wien 100 Schilling	58,995	59,115	58,995	59,115
Brag. . . 100 Kr.	12,412	12,432		

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. März hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 214,2 Mill. Reichsmark auf 4266 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenbanknoten um 0,9 Mill. Reichsmark auf 337,2 Mill. Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 28,4 Mill. Reichsmark auf 2892,4 Mill. Reichsmark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold allein verbesserte sich von 55 Prozent in der Vorwoche auf 58,1 Prozent, derjenige durch Gold und bedungsfähige Devisen von 63,9 Prozent auf 67,8 Prozent.

Über die Lage der Forzheimer Schmuckwarenindustrie während des Vierteljahres Dezember/Februar wird berichtet, daß auch die durch das Weihnachtsgeschäft saisonmäßig bedingte aufsteigende Konjunktur die Berichtsperiode als ein Zeitabschnitt ebenso saisonmäßig bedingten Abgleitens sich darstellt, deren rückläufige Bewegung jedoch, durch die zunehmende Unkenntnis der Verhältnisse beschleunigt und verstärkt, in Intensität und Ausmaß diejenige des Vorjahres übertrifft. Der Produktionsprozeß vermochte sich daher nur ungleichmäßig und schwach, bei dringenden Aufträgen nur unter Inanspruchnahme von Überarbeit und bei Auftragsmangel nur unter Betriebsbeschränkungen und mit Kurzarbeit, also unrationell und mit unverhältnismäßigen Kosten, abzuwickeln. Die Absatzverhältnisse haben sich auch gegen den gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres verschlechtert. Auf dem heimischen Markt beobachtet der Handel äußerste Zurückhaltung. Der Export litt noch empfindlicher unter dem Fortbestand nach wie vor ungünstiger Zollverhältnisse, unter politischen Unruhen und wirtschaftlichen Krisen (Rumänien, Spanien, New-Yorker Börsensturz, Brasilien, Argentinien, Mittelamerika, China) und unter dem zunehmenden Wettbewerb des zu günstigeren Produktionsbedingungen arbeitenden Auslandes (Frankreich, Italien). Die Verkaufspreise konnten nur mit Mühe gehalten werden. Besonders stark haben beim Umsatz hochwertige feine Waren (Juwelen) teilweise aber auch Dublettenware gelitten, während Waren mittlerer und billigerer Preislage eine verhältnismäßig nur geringe Einbuße erfahren haben. Gegen die Vorberichtswoche dürfte der Umsatz auf dem heimischen Markt um etwa 20 Proz. im Export jedoch nach Warenart und Gattung bis zu 60 Proz. zurückgeblieben sein.

Schiele & Bruchsaler, Industriewerke, Baden-Baden. Die Gesellschaft erzielte einen Reingewinn von 83 000 M. (72 000), aus dem wieder 7 Prozent Dividende verteilt werden sollen; Aufwände beanspruchten 917 000 M. (879 000), Abschreibungen 192 000 M. (210 000). Bis in die Sommermonate sind die Umsätze laut Bericht gestiegen; in der letzten Zeit machte sich jedoch ein konjunktureller Rückgang bemerkbar, so daß der Gesamtumsatz nur ungefähr die Vorjahreshöhe einhält.

Niesen-Bankfusion in Amerika. Wie die „Frankf. Ztg.“ aus New York meldet, stehen die Verhandlungen über den Zusammenschluß der Chase National Bank, der Equitable Trust Co. und der Interstate Trust Co. unmittelbar vor dem Abschluß. Das neue Bankinstitut wird die größte Bank der Welt darstellen und den Namen „Chase National Bank“ führen.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Brandenburg bei Lobnau wurde Gemeinderat Adolf Becker mit großer Majorität zum Bürgermeister gewählt. — In Schlagen (Waldshut) wurde der Engländer Thoma von Kutterau mit großer Mehrheit zum Ortsvorstand gewählt. — Bei der Bürgermeisterwahl in Buch wurde der bisherige Bürgermeister Julius Vogelbacher mit 191 von 196 abgegebenen Stimmen erneut zum Bürgermeister gewählt.

Neuer Friedhof Heidelberg-Keimen. Unter starker Anteilnahme der Bevölkerung fand am Sonntagmittag die Einweihung der neuen Friedhofanlage in Keimen statt. Die Anlage enthält eine Kapelle und eine Leichenhalle.

Der Eberbacher Haushaltsplan. Einnahmen und Ausgaben balancieren in Höhe von 1 076 595 M. Der ungedeckte Aufwand beträgt 231 700 M. Er wird durch die Erhöhung der Steuergrundbeträge vom Grundvermögen und vom Betriebsvermögen um 50 Proz. gedeckt. Je 100 M. Steuerwert erfordern demnach jetzt: beim Grundvermögen 60 Pf., beim Betriebsvermögen 24 Pf., beim Gewerbeertrag 800 Pf.

Im Gemeinderat Schwesingen konnte sich für Ausgestaltung des Schloßplatzes nach einem von berufener Seite vorliegenden Entwurf, in dem Baumförmig vorgesehen ist, eine Mehrheit nicht finden; es wird Flächenwirkung durch völlige Abräumung und Oberflächenbehandlung erstrebt. — Die Zweckmäßigkeit eines Umbaus des Mühlengebäudes der früheren Spreitwerke im Zusammenhang mit den Raumbedürfnissen für Schulen, Stadtverwaltung, Vereine usw. wird nach erneuter Prüfung anhand von vorgelegten Plänen und Kostenüberschlägen verneint; der bis jetzt zurückgestellte Abbruch hat nunmehr zu erfolgen. Der Bürgermeister wird allgemein ermächtigt, bei sich für die Stadt ergebenden Repräsentationsverpflichtungen über einen Betrag bis zu 50 M. zu verfügen.

Gemeindeparlamentsberatung in Lenzkirch. Der Bürgerausschuß nahm den Voranschlag 1929/30 einstimmig an. Trotz der großen Senkung der Holzpreise und anderen ungünstigen Einwirkungen war es möglich, eine Umlageerhöhung zu vermeiden. Nach dem den Mitgliedern an die Hand gegebenen Erläuterungsbericht scheint auch das vor zwei Jahren von der Gemeinde angekaufte Werk nebst den fortwährenden Verbesserungen des Ortsnetzes sich gut verzinst zu haben, so daß demnächst mit einer Senkung der Strompreise von 50 auf 45 Reichspfennig für Licht und von 35 auf etwa 30—28 Reichspfennig für Kraft gerechnet werden kann. — Die Aussprache über die weiteren Punkte der Tagesordnung ergab die Notwendigkeit der Errichtung einer Wadenschleuse. Die Vorarbeiten sollen unverzüglich in Angriff genommen werden. Man wendete sich dagegen, daß die Wasser- und Straßenbauverwaltung in Karlsruhe die Übernahme der Wadenschleuse in den Landstraßenverband, die schon seit dem Jahre 1912 gefordert wird, ablehnte. Bürgermeister Pfeiffer sprach sich dafür aus, daß man es nochmals durch ein Gesuch versuchen solle.

Ferngasversorgung von Ettlingen. Die Bürgerausschußsitzung Ettlingen beschloß die Beteiligung der Stadtgemeinde Ettlingen an einer zu gründenden Gesellschaft Gasfernversorgung Karlsruhe-Süd G. m. b. H. mit einem Stammkapital von 13 000 M. gegen die Stimme der Kommunisten. Die Gasfernversorgung wurde auf die Dauer von 37 Jahren abgeschlossen.

Feuerversicherung der Stadt Freiburg. Nach dem Abschluß trägt die Versicherungssumme der Gebäude der Stadt Freiburg des Feuerversicherungsbuches auf den 31. Dezember 1929 bemittelt 372,6 Millionen Reichsmark; gegenüber dem Vorjahr ist eine Erhöhung von rund 7 Millionen zu verzeichnen.

Über das kommende Berliner Verfassungsgesetz sprach in einer Berliner Pressekonferenz Ministerialdirektor Dr. von Reuden vom preußischen Innenministerium. Er behandelte die Fragen: Selbstverwaltung und Einheitsgemeinde und legte dar, weshalb das Bürgermeistersystem, das sich in West- und Süddeutschland sehr gut bewährt habe, auch für Berlin die besten Erfolge verspreche. Am 25. d. M. wird sich der preussische Staatsrat mit dem Gesetz befassen, das also — theoretisch — schon vor Ostern an den Landtag gelangen und am 1. Juli in Kraft treten könne.

Staatsanzeiger

Sammlung. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Bohnfahrspläne und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird der G. Diakonissenanstalt Karlsruhe die Erlaubnis erteilt, zugunsten des Neubaus eines Kranken- und eines Schweisterhauses bei den Freunden der Anstalt und ihnen nahestehenden Kreisen eine Hausammlung zu veranstalten. Diese Erlaubnis gilt bis zum 31. Dezember 1930 vorbehaltlich jeberzeitigen Widerrufs.

Der Minister des Innern:
J. A. Arnspurger.

Bekanntmachung
Lebensrettung. Der Unteroffizier Adolf Hildenbrand in der 15. Kompanie 14. (bad.) Infanterieregiments in Donaueschingen und der Gymnasiast Arthur Wegger in Donaueschingen retteten am 16. Juni 1929 im Strandbad Donaueschingen den Lokomotivführer Karl Buchsmeier in Willingen vom Tode des Ertrinkens. Ich spreche den Genannten für das bei diesem Rettungsversuche bewiesene, entschlossene und mutige Verhalten die öffentliche Anerkennung aus.

Konstanz, den 12. März 1930.
Der Bad. Landeskommissar für die Kreise Konstanz, Willingen und Waldshut:
Dr. Hartmann.

Nach den Meldungen der Bezirksärzte waren am 15. März 1930 im Lande Baden verendet mit:

Amtsbezirk:	Gemeinden:
Waldshut	Kagenmoos
	Schweinefusse und Schweinepest:
Amtsbezirk:	Gemeinden:
Bretten	Diedelsheim, Neidingen, Rutenbach
Bruchsal	Obergrombach, Stettfeld
Emmendingen	Endingen
Heidelberg	Speckbach
Karlsruhe	Wöschbach, Anielingen
Lahr	Weigenheim
Mannheim	Sedenheim
Neckstein	Wietingen, Boll, Kreenheinstetten, Langenhart, Leiberningen
Rosbach	Wagenföhren
Offenburg	Oberarmersbach
Forstheim	Eutingen
Sinsheim	Eppingen, Adelshofen, Gemmingen, Itzingen, Ricken, Schluchtern, Weibstadt
	Wiengen
	Tennenbronn
Staufen	Dogern, Indleofen
Willingen	Söbelsfeld
Waldshut	
Wertheim	

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Karlsruhe	Staffort
Neck	Rehl
Lahr	Schmieheim
Mannheim	Mannheim
Sinsheim	Weiler

Badisches Statistisches Landesamt.

Personeller Teil
Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Verwaltungsoberssekretär Wilhelm Dittes beim Bezirksamt Neustadt zu jenem in Vorrück.

Ministerium des Kultus und Unterrichts
Ernannt:
Rektor Georg Schmitt an der Volksschule in Heidelberg zum Oberregierungsrat im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Lehramtsassessorin (Religionslehrerin) Margarete Wille an der Handelsschule II in Mannheim zum Professor daselbst; Handelschulassessor Wilhelm Knauber an der Handelsschule in Gaggenau zum Studienrat daselbst; Handelslehrer Wilhelm Kunz an der Handelsschule I in Karlsruhe zum Studienrat.

Seiner Amtspflichten kraft Gesetzes enthoben:
Professor Dr. Rudolf von Kretzl an der Universität Heidelberg.

Gestorben:
Landrat August Hofmann in Bruchsal.
Finanzrat Jakob Berger.

Auszug aus den Personalveränderungen des Reichsheeres
(Mit besonderer Berücksichtigung des Wehrkreiscommandos V)

Mit dem 1. April werden ernannt:
Oberstleutnant von Berg, Stab d. Art.-Führers VI, zum Kommandanten d. Tr.-Abt.-Bl. Münster, Lager;
Major Ruffwurm (Wilhelm), Reichswehrmin., zum Kommandeur der Nachrichtenabteilung 6;

Mit dem 31. März scheiden aus:
Oberst von Helbert, Stab des Gruppencommandos 2,
Oberst Chambeau, Stab des Gruppencommandos 2,
Leutnant Saffau, Artillerie-Regt. 5,
Oberstabsveterinär Dr. Geibel, Inf.-Regt. 14;

Mit dem 1. April werden veretzt:
Oberst von Riebeck, Abt. von Breslau, in den Stab des Gruppencommandos 2,
Major Otto, Pionier-Bat. 4, zur Kommandantur von Breslau,
Hauptmann Jost, Inf.-Regt. 14, in das Reichswehrministerium,
Hauptmann Heim, Art.-Regt. 5, in das Reichswehrministerium,
Rittmeister Gerke, Reiter-Regt. 8, in das Reichswehrministerium,
Oberstabsarzt Dr. Dehlmann, San.-Abt. 2, in die San.-Abt. 5,
San.-Staffel Kassel,
Oberstabsarzt Dr. Blaschke, San.-Abt. 5 in die San.-Abt. 3,
San.-Staffel Jüterbog,
Stabsveterinär Dr. Gorn, Fahrabt. 3, zum Inf.-Regt. 14 (Standort Konstanz),
Oberstabsarzt Dr. Hoffmann (Hilmar), Art.-Regt. 5, zum Reiter-Regt. 8, Standort Rastatt.

Bekanntmachung

Bei der am 6. März 1930 vorgenommenen Auslösung der auf 1. Juli 1930 zur Peinzahlung fälligen ersten Tilgungsrate zur 10prozentigen 3 000 000-M.-Goldanleihe der Stadt Mannheim von 1925 in Höhe von 1 1/2 Prozent = 45 000 M. wurden folgende Nummern gezogen:
Lit. A Nr. 363, 1237, 1516, 1671, 1819 = 5 000 M.
5 Stück zu je 1000 M. =
Lit. B Nr. 2518, 2564, 2817, 2905, 2906, 3278 = 3000 M.
6 Stück zu je 500 M. =

Der Rest mit 87 000 M. wurde durch Ankauf von der Stadt Mannheim gedeckt. Die Einlösung der ausgelassenen Schuldverschreibungen wird am 1. Juli 1930 fällig, mit welchem Tage auch die Peinzahlung aufhört. Die Einlösung erfolgt auf Vorlage der Schuldverschreibungen und der für die Zeit ab 1. Januar 1931 ausgegebenen Zinsscheine nebst Erneuerungsschein bei nachstehenden Zahlstellen:

- Mannheim: Stadtkasse, Badische Bank, Badische Kommunale Landesbank, Bankommandite Fr. Stern & Co., Commerz- und Privatbank AG., Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Hanfahbank, e. G. m. b. H., Herbst & Hebersbach, Refo & Langenbach, Mannheimer Gewerbebank e. G. m. b. H., Mannheimer Privatbank Friedrich Straßburger, Marg & Goldschmidt, Gustav Würzweiler;
- Berlin: Commerz- und Privatbank AG., Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Mitteldeutsche Kreditbank;
- Frankfurt a. M.: Commerz- und Privatbank AG., Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Deutsche Girozentrale, Deutsche Kommunallbank, Dresdner Bank, E. Ladenburg, Mitteldeutsche Kreditbank;

Mannheim, den 11. März 1930.
Der Oberbürgermeister.

Pflasterarbeiten.	Güterrechtsregister.	Termin
Wir vergeben in öffentlichem Wettbewerb die Pflasterung der Landstraße Nr. 1 in Wolfartsweier mit vorhandenen Steinen. Zeichnungen und Bedingungen liegen auf unserm Geschäftszimmer, Stephanienstr. 51, 2. Stock, auf, wofolbst auch Angebotsvor- drude abgegeben werden. Angebote mit der Aufschrift „Pflasterung Wolfartsweier“ sind bis 25. 3. 1930, vormittags 10 Uhr, hierher einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. 2287 Karlsruhe, 17. 3. 1930. Wasser- und Straßenbauamt.	Karlsruhe. 2.290 Güterrechtsregisterreintträge: 1. Zu Bd. I Seite 369: Geuser, Karl Friedrich, Wagner, Linkenheim, und Marie Luise geb. Braun. Vertrag vom 17. Februar 1930. Erungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 2. Seite 370: Sattler Ant., Hilfsarbeiter, Wörsch, und Amalie geb. Müller. Vertrag vom 17. Dezember 1929. Gütertrennung. 12. 3. 1930. 3. Seite 371: Herr, Wilhelm, Kaufmann, Karlsruhe, und Anna Sofie geb. Haig. Vertrag vom 19. Februar 1930. Gütertrennung. 14. 3. 1930.	4. Seite 372: Futterer, Karl, Oberschaffner, Karlsruhe, und Frieda geb. Nieß. Vertrag vom 19. Februar 1930. Gütertrennung. 5. Seite 373: Schreiber, Heinrich, Plattenleger, Egenstein, und Luise geb. Nießer. Vertrag vom 25. Februar 1930. Erungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 15. 3. 1930. Amtsgericht Karlsruhe.

Wir werben für Sie!

Gemeindesparkasse Eppelheim

(Öffentliche Sparkasse)

Bilanz per 31. Dezember 1929

Aktiva	RM	Passiva	RM
Verwaltungsgebäude und sonstige Grundstücke . . .	32 000,—	Spareinlagen	281 059,64
Darlehen gegen Hypothek . . .	260 353,31	Aufwertungs-spareinlagen . . .	22 633,43
Aufwertungs-schuldner	9 527,49	Giro- und Scheckeinlage . . .	72 245,40
Wertpapiere	1 500,—	Kontoforrenteinlagen	1 744,—
Gemeinde-darlehen	38 280,—	Anlehenkapitalien	221 950,—
Bad. Kom. Landesbank	16 400,—	Banken und Girozentrale . . .	90 348,30
Darlehen geg. Schuldschein	137 216,95	Ausgabenrückstände	3 563,—
Darlehen gegen Wechsel . . .	30 064,—	Rücklagen	27 963,25
Guthaben beim Post-scheidamt	765,41		
Darlehen in lauf. Rechnung	175 990,20		
Einnahmerückstände	10 085,49		
Aufwertungs-forderung an die bürgende Gemeinde . . .	497,42		
Kassenbestand	4 490,85		
Mobilien	4 295,90		
	721 497,02		721 497,02

Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1929

Soll	RM	Haben	RM
Ausgaben an Zinsen	46 747,62	Einnahmen an Zinsen	62 647,55
Verwaltungs-skosten	18 669,86	Einnahmen an Miete, Pacht	709,15
Gebühren und sonstige Aus-gaben	2 764,79	Gebühren u. sonstige Ein-nahmen	6 488,76
Ab-schreibung am Gebäude	871,53	Mehrbetrag der Wertpapiere	262,50
Ab-schreibung an Mobilien	226,10		
Verbliebener Reingewinn . . .	825,06		
	70 107,96		70 107,96

Eppelheim, den 10. März 1930. 2.276

Gemeindesparkasse Eppelheim (Öffentliche Sparkasse)

Der Verwaltungsrat: Jäger, Bürgermeister. Der Geschäftsführer: Riegler, Rechner.

Bereinsregister. 2.288

Karlsruhe. Vereinsregisterreinttrag. Alt-Herren-Verband der Technischen Verbindung „Herulia“, Karlsruhe. 6. 3. 1930. Amtsgericht Karlsruhe.

Kommundarlehnen
vermittelt unter günstigen Bedingungen
JOSEPH LIEBMANN
Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76



Badisches Landestheater

Mittwoch, 19. März 1930
• E 17. 25.-Gem. 1—100

Figaros Hochzeit

Komische Oper von Mozart
Dirigent: Schwarz
Regie: Muckenberger

Mitwirkende:
Blant, Franz, Fischbach,
Grünwald-Sehfer, Geiberlich,
Winter, Burgeff,
J. Gröhinger, Hofbach,
Kalmbach, Kauffäcker,
Lerner, Schuster.

Anfang 19 1/2, Ende 22 1/2,
Preise C (1—7 RM)

Donnerstag, 20. März:
Kolonne Hund.

Freitag, 21. März:
Die andere Seite.

Sa., 22. März: Zum ersten-mal: Sebastianlegende.

So., 23. März: Nachmittags:
Das Räthen von Heil-bronn. Abends: Tiefland.

Im Konzerthaus: Rater Lampe. No. 24. März:
8. Sinfoniekonzert.

COLOSSEUM
Heute 8 Uhr
Sonntags 3 1/2 u. 8 Uhr
Das auserlesene bunte
Revue-Programm
mit Varieté-Einlagen